

## Niederschrift

### Erörterungstermin

zur Voranfrage nach § 9 BImSchG der  
JLC-Off-Road-Park GmbH, Wulsbüttel,  
für die Motorsport-Anlage „Hoope Park“

**Erörterungstermin am:** Donnerstag, 26. April 2012

**Ort:** Forum der Haupt- und Realschule Hagen,  
„Hermann-Allmers-Schule“, Burgallee 4, 27628 Hagen

**Beginn:** 17:30 Uhr  
**Ende:** 21:15 Uhr

**Umfang dieses Dokumentes:** Niederschrift (Seiten 1 bis 18)  
Anlage 1 (Schreiben Frau RAin Brandyk, Seiten 19-21)  
Anlage 2 (Anwesenheitsliste, zehn Blätter)<sup>1</sup>

#### Anwesende:

Für den Landkreis Cuxhaven  
als Genehmigungsbehörde (LK):

1. Herr Itjen (Verhandlungsleiter - **VL**)
2. Herr Holst (Schriftführer)
3. Frau Matz

Für die Antragstellerin (AST):

1. Frau Anke Schlicht und Herr Heiko Schlicht
2. Herr Rechtsanwalt Dr. Rosin (Bevollmächtigter)
3. Herr Dr. Seehafer
4. Herr Dipl. Ing. Th. Hoppe (Schallgutachter)

Für die Gemeinde Wulsbüttel erschienen Herr Rechtsanwalt Dr. Jasper, Herr Hünenberg (Schall-Sachverständiger) sowie -zeitweise- Herr Bürgermeister Mahlstedt.

Weiterhin: 124 in den Anwesenheitslisten eingetragene Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Personen, die selbst Einwendungen erhoben haben oder Einwender vertreten und sich zu Wort gemeldet haben, sind im Protokoll mit dem Zusatz (**EW**) gekennzeichnet.

#### Punkt 1 – Ablauf des Erörterungstermins

Herr **Itjen** (VL) begrüßt die Anwesenden und stellt den geplanten Ablauf des Erörterungstermins vor. Er bittet die Anwesenden, sich in die ausliegenden Anwesenheitslisten mit Namen und Anschrift einzutragen. Er weist zudem auf das absolute Rauchverbot im Schulgebäude hin.

---

<sup>1</sup> Die Anwesenheitsliste ist der Niederschrift, die im Internet-Auftritt des Landkreises Cuxhaven als pdf-Dokument veröffentlicht wird, aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht beigelegt.

Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, dass es sich bei dem zu erörternden Projekt verfahrensrechtlich um eine Voranfrage nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (im folgenden abgekürzt BImSchG genannt), aber (noch) nicht um ein Genehmigungsverfahren handelt. Die Voranfrage dient dazu, einzelne Kernfragen – hier im Speziellen das Thema Lärm – zu betrachten. Aus diesem Grund ergibt sich der Umfang der in der Öffentlichkeitsbeteiligung ausgelegten Unterlagen, der daher geringer ausfällt, als in einem Genehmigungsverfahren.

Frau Rechtsanwältin **Brandyk (EW)** stellt den Antrag, über den Erörterungstermin ein Wortprotokoll zu führen. Dieser Antrag wird vom **VL** abgelehnt. Der notwendige Umfang der Niederschrift ergebe sich aus § 19 der 9. BImSchV. Die Anfertigung eines Wortprotokolls sei nicht zwingend vorgeschrieben, der damit verbundene (auch finanzielle) Aufwand wegen der erforderlichen Hinzuziehung von Stenographen aber erheblich. Herr **Itjen (VL)** erklärt, dass ein Protokoll über den wesentlichen Inhalt der Erörterung vom Landkreis angefertigt werden wird und dieses auf der Homepage des Landkreises Cuxhaven allgemein zugänglich gemacht werden solle. Auf Nachfrage erklärte sich Herr Dr. Rosin (AST) im Namen der Antragstellerin mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

## **Punkt 2 – Vorstellung des Vorhabens**

Herr **Dr. Rosin** (Bevollmächtigter der AST) skizziert kurz den bisherigen Betrieb der 1982 erstmals genehmigten Motorsport-Anlage. Bisher finde dieser an drei Kalendertagen in der Woche – vornehmlich von freitags bis sonntags – statt. Zukünftig ist beantragt:

1. Ausweitung der Betriebszeit auf die ganze Woche (7 Kalendertage)
2. Freies Fahren mit allen Fahrzeugen – nicht nur Motorcross und Enduro, sondern z. B. auch sog. SUV
3. Vermietung des Geländes an Firmen und Privatpersonen
4. Fahrtraining, auch für Jugendliche
5. Rennveranstaltungen, max. fünf mal im Jahr

Anhand eines Lageplans werden von Herrn Dr. Rosin die einzeln geplanten Bereiche des „Hoope-Parks“ erläutert.

Auf Nachfrage aus dem Publikum, dass kein konkreter Streckenverlauf dargestellt sei, erklärt **VL**, dass dies auch nicht beantragt worden sei. In der Voranfrage solle beurteilt werden, ob bestimmte Bereiche zum Befahren freigegeben werden könnten. In einem eventuellen Genehmigungsverfahren sollen voraussichtlich auch keine exakt vermaßten Streckenverläufe beantragt werden.

## **Punkt 3 – Erörterung nach Themenblöcken**

Herr Itjen (**VL**) erläutert, dass beim Landkreis Cuxhaven im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung 51 schriftliche Einwendungen und 598 Unterschriften auf sog. Unterschriftslisten eingegangen sind. Um den Erörterungstermin strukturiert gestalten zu können, wurden die einzelnen Einwendungen ausgewertet und zu Themenblöcken zusammengestellt, die im Folgenden nacheinander besprochen werden sollen. Hiergegen bestehen keine Einwendungen.

### **3.1 – Einwendungen zu Verfahrensfragen**

#### **a) Unzulässigkeit der Voranfrage**

**VL** erläutert, es sei eingewendet worden, eine Voranfrage sei hier gar nicht statthaft, weil die AST zum einen kein berechtigtes Interesse an der Erteilung eines Vorbescheides geltend machen könne, zum anderen keine konkreten Fragen zur Beantwortung gestellt wurden.

**VL** zitiert hierzu aus der Antragsschrift vom 29.09.2011; darin heiße es:

- „1. Ist das Betreiben des „Hoope-Parks“ als Motorsportanlage unter Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen an dem geplanten Standort planungs- bzw. immissionsschutzrechtlich zulässig?*
- 2. Liegen die Genehmigungsvoraussetzungen für den geplanten Standort unter Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Vorgaben (Schall) vor.“*

**VL** erklärt, der LK gehe nach summarischer Beurteilung davon aus, dass die AST das Recht habe, für diese Fragen einen Vorbescheid nach § 9 BlmSchG zu beantragen.

Rechtsanwalt **Dr. Jasper** (als Vertreter der Gemeinde Wulsbüttel) trägt Kritik an der Verfahrensweise vor. Ein möglicher Vorbescheid habe bindende Wirkung für den Landkreis Cuxhaven. Das von Herrn Itjen beschriebene sukzessive Abarbeiten einzelner Verfahrensfragen werde von den betroffenen Anwohnern als „ermüdend“ empfunden. Es werde ein „richtiges“ Verfahren gefordert, weil viele Fragen derzeit noch nicht geklärt seien. Es seien alle für die Beurteilung der gesamten Anlage notwendigen Unterlagen in einem Schritt zu erarbeiten und auszulegen. Er kritisiert die Abschichtung; eine Aufteilung in einzelne Schritte sei unzulässig.

Die Einwendungen werden im weiteren Verfahren geprüft.

#### **b) Information der Bevölkerung**

**VL** trägt vor, es sei geltend gemacht worden, dass die Veröffentlichung nicht korrekt erfolgt sei, insbesondere habe keine Veröffentlichung im Osterholzer Kreisblatt (Teil des Weser-Kuriers) stattgefunden, das im Bereich der Samtgemeinde Hagen ebenfalls verbreitet gelesen werde. Die Öffentlichkeit sei nicht auf die maßgeblichen Termine und Fristen hingewiesen worden.

Herr **Jürgewitz** (EW) kritisiert die mangelnde Information der Öffentlichkeit über Auslegungs- und Einwendungsfristen, insbesondere auch die fehlende Bekanntmachung im Osterholzer Kreisblatt. Er trägt weiterhin vor, die maßgeblichen Termine und Adressen für die Einwendungen hätten auch in den ausgelegten Antragsunterlagen in jeder Mappe aufgeführt werden müssen. Die Seite 1 der ausgelegten Mappen enthalte dies nicht.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

Unbeschadet des Prüfungsergebnisses sagt **VL** zu, dass bei zukünftigen Informationen zu diesem Projekt auch eine Veröffentlichung im Osterholzer Kreisblatt des Weser-Kuriers erfolge.

Frau Rechtsanwältin **Brandyk** (EW) trägt vor, das Lärmgutachten sei nicht allgemeinverständlich gehalten. Insofern liege ein Verfahrensfehler vor. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erklärt, er könne die Verständnisschwierigkeit nachvollziehen, weil es sich um eine schwierige Fachmaterie handle. Das Gutachten sei aber – soweit möglich – auch für einen Laien verständlich und nachvollziehbar erstellt worden.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **c) Privilegierung im Außenbereich / Verfestigung Splittersiedlung**

**VL** erläutert, es sei kritisiert worden, dass der LK das Vorhaben als privilegiert i. S. d. § 35 Abs. 1 Nr. 4 Baugesetzbuch (BauGB) eingestuft habe. Es handle sich vielmehr um ein sonstiges Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB. **VL** erklärt, dass der LK und auch er selbst eine solche Aussage nicht getätigt hätten. Er habe auf eine Anfrage der Medien lediglich zitiert, dass in einem Mediationsverfahren vor dem Nds. Obergerverwaltungsgericht die Mediatorin erklärt habe, die in dem OVG-

Verfahren zuständige Richterin am OVG habe geäußert, sie sei im Rahmen der Vorberatung des Verfahrens zu der Einschätzung gekommen, dass es sich um eine privilegierte Anlage handle, und zwar nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB (Außenbereichsvorhaben wegen nachhaltiger Auswirkungen auf die Umgebung). VL erläutert weiter, dass - da der Flächennutzungsplan die Fläche als Flächen für den Motorsport ausweise - sich die planungsrechtliche Zulässigkeit auch aus § 35 Abs. 2 BauGB (sonstige Anlage) ergeben könne; möglicherweise könnte sich die planungsrechtliche Zulässigkeit auch aus § 35 Abs. 4 Nr. 6 BauGB ergeben (Erweiterung eines zulässigerweise errichteten gewerblichen Betriebs). Der LK habe insoweit noch keine abschließende Entscheidung getroffen; unstrittig sei seiner Ansicht nach jedoch, dass der Hoope-Park im Außenbereich liege.

Aus dem Publikum heraus wird allgemein gefragt, was eigentlich eine Privilegierung nach § 35 BauGB bedeute. VL erläutert daraufhin den Unterschied zwischen dem Geltungsbereich eines Bauungsplans, dem Innen- und dem Außenbereich sowie den Unterschied zwischen einem privilegierten und einem sonstigen Vorhaben. Anhand des Beispiels einer neben einer Kurklinik geplanten Biogasanlage macht er deutlich, dass auch ein im bauplanungsrechtlichen Außenbereich gelegenes privilegiertes Bauvorhaben nicht automatisch dort auch genehmigungsfähig sei, wenn öffentliche Belange entgegenstünden. Eben diese Frage sei bezogen auf den „Hoope-Park“ zu klären.

Herr **van der Hulst** (EW) erklärt, nach seiner Ansicht würden die benachbarten Wohnhäuser nicht im Außenbereich, sondern jeweils im Innenbereich liegen. Das gelte auch für den Hoope-Park. Hoope sei Innenbereich.

Die Einwendungen werden im weiteren Verfahren geprüft.

#### **d) Umweltverträglichkeitsvorprüfung (UVPG / Nds. UVPG)**

VL erläutert, es sei kritisiert worden, dass es sich beim Hoope-Park nicht um eine Motorsportanlage, sondern um eine ständige Renn- und Teststrecke handle. Daraus folge eine Vorprüfungspflicht nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG). Weiterhin sei unberücksichtigt geblieben, dass ein Campingplatz und ein Parkplatz angelegt würden; schlussendlich sei der Hoope-Park als Freizeitpark anzusehen. Aus diesen drei Punkten ergebe sich, dass eine Vorprüfungspflicht nach dem Nds. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) bestehe.

Herr **Dr. Jasper** (Gemeinde) erklärt, die Antragsteller hätten dies im Formblatt selbst angekreuzt und so angegeben. Dieser Vortrag konnte im Termin anhand der Antragsunterlagen nicht nachvollzogen werden. Dr. Jasper konnte die von ihm angesprochene Stelle im Antrag nicht aufzeigen, wird dies aber schriftlich nachreichen.

Herr Rechtsanwalt **Mc Kay** (EW) erklärt, es seien bis zu fünf Rennen im Jahr und eine Teststrecke beantragt. Somit sei eine allgemeine Umweltverträglichkeitsvorprüfung durchzuführen.

Auf Antrag von Frau Rechtsanwältin **Brandyk** (EW) wird deren rechtliche „Erläuterungen zu den Einwendungen für die Eheleute Stefanie und Andreas Konjevic vom 10.04.2012“ als **Anlage 1 (drei Seiten) zum Protokoll** genommen. Frau Brandyk verlas den Text und gab ihn nach Ende der Erörterungstermins zum Protokoll ab.

Herr **Münz** (EW) gibt zu Bedenken, dass schon aufgrund des geplanten Campingplatzes (>0,5 ha) eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen sei.

Nach der Rechtsauffassung von Herrn **Jürgewitz** (EW) handelt es sich nicht um eine wesentliche Änderung im Sinne von § 16 BlmSchG, sondern um die Neugenehmigung einer genehmigungsbedürftigen Anlage im Sinne von § 10 BlmSchG inkl. Umweltverträglichkeitsprüfung.

Von Herrn **Harms** (EW) und Herrn **Hofmann** (EW) wird angefragt, ob bei einer Einordnung des Projekts als „ständige Renn- und Teststrecke“ ein neues Verfahren mit allgemeiner Umweltverträglichkeitsvorprüfung und erneuter Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen müsse. **Herr Itjen** (VL) erklärte, dass dies so sei, wenn der LK im Rahmen der weiteren Prüfung zu dem Ergebnis komme, dass es sich beim Hoope-Park nach Realisierung der beantragten Änderung um eine „ständige Renn- und Teststrecke“ handle.

Die Einwendungen werden im weiteren Verfahren geprüft.

### 3.2 – Einwendungen zum Raumordnungsprogramm

**Herr Itjen** (VL) beschreibt die Darstellungen im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Cuxhaven (RROP). Er weist zunächst darauf hin, dass derzeit noch das RROP 2002 Gültigkeit besitze und in Kürze durch das neue RROP 2012 ersetzt werde. Die Einwendungen würden sich nach ihrer Formulierung auf das RROP 2012 beziehen. Er macht zur Vermeidung von Missverständnissen auf die zeitliche Geltung aufmerksam. Zudem sei im RROP nicht nur der Ort Wulsbüttel als Standort mit besonderer Entwicklungsaufgabe Tourismus und Erholung ausgewiesen. Vielmehr ist im derzeit geltenden Raumordnungsprogramm von 2002 auch eine Fläche für das Ausüben des Motorsports dargestellt. Diese Fläche werde zwar im RROP 2012 aus Verschlanungsgründen (wie einige andere Darstellungen auch) nicht mehr ausdrücklich dargestellt, entfalle aber nicht.

In diesem Zusammenhang gibt Herr **Jürgewitz** (EW) zu Bedenken, dass die Darstellung seinerzeit – im Raumordnungsverfahren von 1978 – lediglich mit einer Bindungswirkung für den seinerzeitigen Motorsportverein aufgenommen worden sei. Für die beantragte gewerbliche Nutzung des Geländes könne diese Darstellung nicht gelten. Auf Nachfrage des VL bestätigt Herr Jürgewitz, er sei der Ansicht, dass die Darstellung im RROP nur für einen Verein gelte, nicht für eine gewerbliche Nutzung.

**VL** erklärt, dass nach seiner Ansicht eine solche inhaltliche Beschränkung den einzelnen Darstellungen im Raumordnungsprogramm nicht entnommen werden könne, insbesondere nicht für die Motorsportanlage.

Frau **Ebeling** („Bremer Rasselbande“) weist auf den Nutzen der Motorsportanlage gerade auch für Jugendliche aus problematischen Verhältnissen hin.

Es folgt eine rege Diskussion über den ursprünglichen Genehmigungsgedanken und den dann erweiterten Betrieb des „Hoope-Parks“.

Die Einwendungen zum RROP werden im weiteren Verfahren geprüft.

### 3.3 – Einwendungen zum Lärm

Einleitend beschreibt Herr Itjen die weitere Vorgehensweise. Die vorgetragenen Einwände bezüglich der Lärmimmissionen sollen in zwei Blöcken besprochen werden. In einem ersten Schritt gehe es um konkrete inhaltliche Fachaspekte der vorliegenden Schalltechnischen Untersuchung. Danach sollen in einem zweiten Schritt allgemeine Einwendungen zum Thema Lärm erörtert werden, die sich nicht konkret auf das Gutachten beziehen, damit auch diejenigen Einwander/innen Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten, die mit den technischen Details nicht vertraut sind und daher losgelöst vom Gutachten allgemeine Bedenken vorgetragen haben. Alle Einwendungen würden vom Landkreis Cuxhaven zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Beurteilung des Vorhabens berücksichtigt.

Herr **Münz** (EW), der Herrn Werde vertritt, auf dessen Einwendung die überwiegende Zahl der nachfolgenden Kritikpunkte an der Prognose zurückgeht, erklärt sich damit einverstanden, die Einwendungen zu 3.3.1 Buchst. a) bis z) gebündelt vorzustellen und dann zur Diskussion frei zugeben.

Vermerk zur Erstellung der Niederschrift:

In der nachfolgenden Diskussion hielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die sachliche Gliederung nicht durchgängig ein. In der Regel wurden Teilaspekte miteinander vermischt, einzelne Punkte vorgezogen oder zwischen Einzelpunkten hin- und hergesprungen.

Um eine Lesbarkeit der Niederschrift zu gewährleisten, wurden die vorgetragenen Einwendungen daher im Folgenden den jeweiligen Themenblöcken zugeordnet, beschrieben und dokumentiert; sie entsprechen daher z. T. nicht der zeitlichen Reihenfolge der Vorträge in der tatsächlich geführten Diskussion.

### **3.3.1 Einwendungen zu einzelnen Punkten in der Lärmprognose**

#### **a) Keine Messungen durchgeführt**

Von mehreren Anwohnern (u. a. Frau **Lanzgerath**, Herrn **Helmke**, Herrn **Jürgewitz**, Herrn **Hofmann**) wird gefragt, weshalb keine Messungen des derzeitigen Lärms an Öffnungstagen des „Hoope-Parks“ durchgeführt werden.

Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erklärt hierzu, dass eine Messung nicht den neuen Planungsstand berücksichtigen könne, weil hier ein Zustand abgebildet werden solle, den es tatsächlich noch nicht gebe. Insofern sei eine Prognose aussagekräftiger.

Es sei zu beachten, dass bei einer Prognose auf den Beurteilungszeitraum abzustellen sei. Dabei würden auch Zeiten ohne Betrieb berücksichtigt. Im Tageszeitraum komme es auf die Beurteilungszeit zwischen 06 und 22 Uhr an, im Nachtzeitraum (der hier nicht betroffen sei) auf die lauteste Nachtstunde. Bei einem geplanten Betrieb von sieben Stunden werde dieser auf eine Einwirkzeit von 16 Stunden umgerechnet.

Diese Vorgehensweise bei der Ermittlung der Beurteilungspegel stößt auf Unverständnis und deutlichen Protest. Es wird (sinngemäß) das Auseinanderfallen von Betriebszeiten und Beurteilungszeiten nach Lärmrecht heftig kritisiert.

Die Einwendungen, dass keine Messungen durchgeführt wurden sowie die Einwendungen, dass keine Identität zwischen Betriebszeiten und Beurteilungszeiten gegeben sei, werden im weiteren Verfahren geprüft.

#### **b) Windrichtung unberücksichtigt**

**VL** erläutert, es sei kritisiert worden, dass Windrichtungen unberücksichtigt geblieben seien. Dazu teilt Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) mit, die Prognose berücksichtige Mitwindsituationen im Sinne einer „worst-case“-Betrachtung, die bei einer Messung u. U. nicht vorhanden seien.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **c) Lautsprecherdurchsagen nicht berücksichtigt**

VL trägt vor, es sei kritisiert worden, dass keine Lautsprecherdurchsagen berücksichtigt worden seien. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erklärt, dass in der Prognose keine Lautsprecher berücksichtigt seien, weil in der Betriebsbeschreibung kein Lautsprecherbetrieb genannt werde. Frau **Schlicht** erklärt, es gebe im Hoope-Park keine funktionstüchtigen und dauernd betriebenen Lautsprecher. Solche Durchsagen würden ausschließlich an den bis zu fünf mal im Jahr geplanten Rennveranstaltungen stattfinden. Im Übrigen gebe es eine Lautsprecheranlage auf dem sog. Birkenring, nicht im Hoope-Park.

Aus der Versammlung wird kritisiert, dass nicht eindeutig geklärt sei, ob es im Hoope-Park eine Lautsprecheranlage gebe und - falls ja - wann diese genutzt werde.

VL teilt mit, dass hierzu in der Betriebsbeschreibung verbindlich dargestellt werden müsse, ob Lautsprecher betrieben würden oder nicht und - falls ja - zu welchen Anlässen. Wenn die Betriebsbeschreibung keine Lautsprecher vorsehe, würden diese auch nicht genehmigt und dürften nicht betrieben werden. Dies sei zu klären.

Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erklärt, dass sich kurzzeitige Durchsagen an nur wenigen Tagen voraussichtlich nicht auf das Ergebnis der Schallprognose auswirken werden. Sie könnten aber berücksichtigt werden, wenn dies Gegenstand der Betriebsbeschreibung werde.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **d) Ton-/Impulshaltigkeit, Informationsgehalt fehlen bzw. zu niedrig**

VL erläutert, es sei das Fehlen von Zuschlägen für Ton- und Informationshaltigkeit kritisiert worden. Es komme durch den ständigen Wechsel von Beschleunigung und Abbremsen zu ausgeprägten Frequenz- und Pegeländerungen. Dies wirke sich wie eine Ton- und Informationshaltigkeit aus, weshalb ein Zuschlag in Höhe von 6 dB(A) gerechtfertigt sei.

Daneben sei der Zuschlag für die Impulshaltigkeit mit 3 dB(A) zu niedrig angesetzt; er sei mit 6 dB(A) zu bemessen.

Auf Nachfrage von Frau **Reiter** (EW) erläutert Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) kurz fachlich den gegenseitigen Ausschluss einzelner Komponenten und sich überlagernder Geräusche.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **e) Verteilung der Fahrten (Grube / Böschungsprofil / Verteilung)**

VL trägt vor, es sei das Schallmodell an sich kritisiert worden, das sich aus Flächen- und Linienschallquellen zusammensetze, sowie das darauf aufgebaute Böschungsmodell mit entsprechender Verteilung der Häufigkeiten. Das Modell entspreche nicht der Wirklichkeit im Hoope-Park.

Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erklärt, das Gutachten basiere auf Höhenangaben, die aktuell durch einen öffentlich bestellten Vermessungsingenieur erhoben wurden und in die Pläne eingeflossen seien, die von hwb Architekten, Ritterhude, erarbeitet wurden. Auf dieser Grundlage seien dann die Flächen- und Linienschallquellen als Grundlage der Berechnung modelliert worden.

Herr **Hofmann** (EW) zweifelt die Eignung des Modells und der Verteilung der Fahrten an. Er kritisiert, dass der Schallgutachter nach seinem Verständnis die Daten so vom Vorhabenträger übernommen und vor der Einarbeitung in das Gutachten nicht hinterfragt habe.

Die Einwendungen werden im weiteren Verfahren geprüft.

#### **f) Vorbelastung durch Brecheranlage**

**VL** erläutert, es sei kritisiert worden, dass die nordwestlich des Hoope-Parks in den Sandabbauflächen betriebene Brecheranlage nicht als Vorbelastung in die Berechnung eingestellt worden sei. Dazu erklärte Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST), dass es zutreffe, dass diese nicht als Vorbelastung im Gutachten eingestellt sei.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **g) Vorbelastung durch Baumschule „Irmeler“**

**VL** erläutert, er sei weiterhin kritisiert worden, dass die südlich des Hoope-Parks gelegene Baumschule „Irmeler“ nicht als Vorbelastung in die Berechnung eingestellt worden sei. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erklärte, dies treffe zu. Hier müsse geklärt werden, inwieweit es durch die Baumschule zu Lärmemissionen komme.

Diese Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **h) Gewerbegebiet im F-Plan [6 dB(A) Abschlag ansetzen]**

**VL** berichtet, es sei eingewendet worden, der Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Hagen stelle zwischen der Baumschule „Irmeler“ und dem Hoope-Park ein Gewerbegebiet dar, für das im Hinblick auf mögliche Summenwirkungen ein Abschlag von 6 dB(A) auf den maßgeblichen Immissionsrichtwert vorzunehmen sei. Auf Nachfrage bestätigte Herr **Münz** (EW), dass sich die Einwendung des Herrn Werde auf ein im Flächennutzungsplan dargestelltes Gewerbegebiet zwischen dem „Hoope-Park“ und der Baumschule „Irmeler“ beziehe.

Herr **Schemkes** erläuterte, es handle sich hierbei um eine alte Darstellung im Flächennutzungsplan, aus der nie etwas geworden sei, weil die Eigentümer nicht bereit gewesen seien, zu verkaufen. Es gebe weder einen Bebauungsplan noch konkrete Planung eines Interessenten.

Diese Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **i) Verkaufs-Shop fehlt**

**VL** berichtet, es sei eingewendet worden, der Verkaufs-Shop fehle in der Schalltechnischen Untersuchung. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erklärt, dass sich dies nach seiner Einschätzung wegen zu geringer Schallleistungspegel im Verhältnis zum Motorcross-Betrieb auf das Ergebnis nicht auswirken würde. Es wird gleichwohl erwogen, das Gutachten insoweit zu ergänzen.

Diese Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **j) Werkstatt fehlt**

**VL** trägt vor, es sei eingewendet worden, die Werkstatt fehle in der Schalltechnischen Untersuchung. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erklärt, dass sich auch insoweit der Betrieb der



Werkstatt nach seiner Einschätzung wegen zu geringer Schallleistungspegel im Verhältnis zum Motorcross-Betrieb auf das Ergebnis der Schalltechnischen Untersuchung nicht auswirken würde. Es wird dennoch auch insoweit erwogen, das Gutachten zu ergänzen.

Diese Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **k) Tankzone fehlt**

**VL** trägt vor, es sei eingewendet worden, in der Schalltechnischen Untersuchung fehle die Tankzone. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) verweist auch insoweit auf seine Einschätzungen zu Nr. 3.3.1 Buchst. i) und j). Es wird dennoch erwogen, auch hierzu das Gutachten zu ergänzen.

Diese Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **l) Hochdruckreiniger fehlerhaft**

**VL** erläutert, es sei eingewendet worden, in der Schalltechnischen Untersuchung sei der Hochdruckreiniger nicht korrekt berücksichtigt. An Stelle von 93,6 dB(A) seien 96,6 dB(A) anzusetzen. Zudem sei unberücksichtigt geblieben, dass nicht nur PKW, sondern auch Motorräder gereinigt würden. Herr Rechtsanwalt **Mc Kay** (EW) wendet ein, dass der Dampfstrahler nicht richtig berücksichtigt worden sei.

Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erklärt hierzu, es müsse aufgrund des Einwands noch einmal geklärt werden, welcher Schallleistungspegel vom vorhandenen Hochdruckreiniger ausgeht und wie lange die Einwirkzeit sei. Das Gutachten werde in diesem Punkt überprüft.

Diese Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

Herr Rechtsanwalt **Mc Kay** (EW) bemängelt die Summe der Kritikpunkte und fordert die Erstellung eines neuen Gutachtens.

Diese Forderung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **m) Motorrad-Stellplätze fehlen**

**VL** erläutert, es sei eingewendet worden, in der Schalltechnischen Untersuchung würden die Motorrad-Stellplätze fehlen. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erklärt, die Fläche sei im Antrag dargestellt. **VL** erklärt, der Landkreis werde auch diese Einwendung noch einmal überprüfen.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **n) Campingplatz fehlt**

**VL** erläutert, es sei weiterhin eingewendet worden, in der Schalltechnischen Untersuchung würde der Campingplatz fehlen. Er erklärt, der Landkreis werde auch diese Einwendung überprüfen.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **o) Bistro fehlt**

**VL** erläutert, es sei sodann eingewendet worden, in der Schalltechnischen Untersuchung fehle das Bistro. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) trägt vor, in der Untersuchung sei die Nutzung der Außenterrasse durch Besucher und der damit verbundene Schall berücksichtigt worden. Er verstehe die Kritik dahingehend, dass auch der Schall berücksichtigt werden solle, der sich durch Personen ergebe, die sich innerhalb des Gebäudes aufhalten. Herr **Münz** (EW) bestätigt, dass dies so gemeint sei.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **p) Außenterrasse wird bis 23:00 Uhr genutzt**

**VL** trägt vor, es sei eingewendet worden, dass in der Schalltechnischen Untersuchung der Bistro-Betrieb nur bis 22:00 Uhr berücksichtigt sei. Tatsächlich werde die Außenterrasse aber auch darüber hinaus genutzt, und zwar bis 23:00 Uhr. **VL** erläutert am Beispiel eines Verbrauchermarktes, dass sich eine Genehmigung von Betriebszeiten auch nur darauf erstrecke. Würden Betriebszeiten bis 22:00 Uhr zugelassen, so sei danach ein Betrieb nicht mehr zulässig und von der Genehmigung nicht gedeckt. Sofern eine Nutzung weiter in den Nachtzeitraum hinein erfolge, müsse dies beantragt und genehmigt werden. Eine solche Nutzung sei aber gegenwärtig nicht Bestandteil des Antrages. Dieser Aspekt wird mit der AST noch einmal geklärt.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **q) Zahl PKW-Einstellplätze zu gering**

**VL** erläutert, es sei eingewendet worden, die Zahl der PKW-Stellplätze sei zu gering angesetzt. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) trägt vor, er habe als Grundlage für Schallprognose nur Kenntnis von 170 Stellplätzen. Dieser Aspekt wird mit der AST noch einmal geklärt.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **r) Gerichtete Abstrahlung fehlt**

**VL** trägt vor, es sei kritisiert worden, dass in der Prognose ein Zuschlag für eine gerichtete Schallabstrahlung fehle. Herr **Münz** (EW) ergänzt hierzu, dass in alten Prognosen der Firma ZECH hierfür ein Zuschlag von 3 dB(A) angesetzt worden sei. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) trägt vor, dass er die Gutachten der Firma ZECH und deren Hintergrund nicht kenne. Zutreffend sei, dass die schalltechnische Untersuchung keinen Zuschlag für gerichtete Abstrahlung enthalte.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **s) Fahrerlager (Zu- und Abfahrten vor 09 Uhr und nach 18 Uhr fehlen)**

**VL** erläutert, es sei eingewendet worden, die Zu- und Abfahrten seien unberücksichtigt geblieben, die sich nicht innerhalb des Betriebszeitraums ereignen, sondern bereits vor 09:00 Uhr und nach 18 Uhr. Überdies sei die Zahl der PKW-Stellplätze zu gering angesetzt. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) trägt vor, dass sich dies wegen der Beurteilungszeit (Anmerkung: siehe dazu oben Nr. 3.3.1 Buchstabe a) voraussichtlich im Ergebnis nicht auswirke. Dies könne aber berücksichtigt werden.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

**t) Keine „Stille“ zwischen 12 Uhr und 14 Uhr (Wartungsarbeiten)**

VL trägt vor, es sei kritisiert worden, das Gutachten gehe davon aus, dass zwischen 12:00 Uhr und 14:00 Uhr der Motorsportbetrieb ruhe; dabei bleibe aber unberücksichtigt, dass die Fahrer diese Zeit nutzen, um Musik zu hören, Essen zuzubereiten und ihre Fahrzeuge zu warten. Diese Emissionen fehlten in der Prognose. Herr **Dr. Rosin** (Bevollmächtigter der AST) erläutert, dass es nur für Motorräder eine Mittagspause in der Zeit von 12:00 Uhr bis 14:00 Uhr geben solle. Geländewagen und ATVs sollen nach dem Betriebskonzept durchgängig von 09:00 bis 18:00 Uhr fahren dürfen. Dies ergebe sich aus der Betriebsbeschreibung (Anmerkung: Anlage 3 der Antragsunterlagen).

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

**u) Betrieb von ATVs von 12-14 Uhr nicht korrekt berücksichtigt**

VL trägt vor, es sei kritisiert worden, der Betrieb von ATVs sei zwischen 12:00 Uhr und 14:00 Uhr nicht korrekt berücksichtigt worden. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) trägt vor, dies sei schon der Fall, die Betrachtung erstrecke sich aber auf einen Zeitraum von 16 Stunden (Anmerkung: siehe dazu oben Nr. 3.3.1 Buchstabe a). Dies ruft unter den Anwesenden erneut erheblichen Protest an dem Auseinanderfallen von Betriebszeiten und Beurteilungszeit hervor.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

**v) Qualität: Fehlerbreite von 4 dB(A) sei zu addieren**

VL erläutert, es sei eingewendet worden, dass zur Sicherung der Qualität eine Fehlerbreite von 4 dB(A) zu addieren sei. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erläutert, dass auf der Basis einer Einschätzung des ehemaligen Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie eine Fehlerbreite von +1 dB(A) zutreffend sei, weil dies der Genauigkeit der berechneten Immissionspegel in der Mehrzahl der Fälle gerecht werde. Herr **Jürgewitz** (EW) bittet den Landkreis Cuxhaven, diese Aussage zu prüfen.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

**w) Streckenaufbereitung und –präparierung mit Radlader nicht berücksichtigt**

VL erläutert, es sei eingewendet worden, in der schalltechnischen Untersuchung fehle die Streckenaufbereitung und –präparierung, die mit einem Radlader erfolge. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erläutert, dass sich auch insoweit die Streckenpräparierung nach seiner Einschätzung wegen der Verteilung über die Beurteilungszeit im Verhältnis zum Motorcross-Betrieb auf das Ergebnis der Schalltechnischen Untersuchung nicht auswirken würde. Es wird dennoch erwogen, auch hierzu das Gutachten zu überprüfen.

Diese Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

**x) Abstand nächste Bebauung nicht 260 m, sondern 150 m**

VL trägt vor, es sei eingewendet worden, dass der Abstand zur nächsten Bebauung nicht 260 m betrage, sondern nur 150 m. Herr **Münz** (EW) bestätigt dazu auf Nachfrage, dass er damit den Immissionsort 7 meine, dessen Abstand zur östlichen Außengrenze des Hoope-Parks nur 150 m betrage. Es handele sich um das Gebäude an der Windhundrennbahn. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erläutert, dieses Gebäude sei im Gutachten als Immissionsort betrachtet worden. Die

Schallpegel wären jedoch ausgehend von dem Emissionsschwerpunkt zu beurteilen, nicht von der Außenkante des Geländes.

Diese Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **y) Kein Immissionsort in Wulsbüttel**

**VL** trägt vor, es sei kritisiert worden, dass kein Immissionsort in der Ortslage von Wulsbüttel betrachtet worden sei. Herr **Hünerberg** (von der Gemeinde Wulsbüttel beauftragter Gutachter) teilt mit, er habe im Rahmen von Messungen und Ortsbesichtigungen eine Vorbelastung in der Ortslage von Wulsbüttel ermittelt. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) sagt zu, dies zu prüfen.

Diese Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

#### **z) Siedlung Wulkampsweg nicht Dorfgebiet, sondern Allgemeines Wohngebiet**

**VL** berichtet, es sei kritisiert worden, dass für die Siedlung Wulkampsweg die Lärmrichtwerte für ein Dorfgebiet angenommen wurden. Es handele sich jedoch um ein Allgemeines Wohngebiet. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) erklärt, nach seiner Ansicht handele es sich um ein Dorfgebiet. **VL** ergänzt, dass nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stade für die Siedlung Wulkampsweg die Lärmrichtwerte für ein Dorfgebiet anzusetzen seien, nicht diejenigen für ein Allgemeines Wohngebiet.

Diese Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.3.2 Allgemeine Fragen bezüglich des Gutachtens**

**Dr. Jasper** (Gemeinde Wulsbüttel) und auch Herr **Jürgewitz** (EW) fragen an, wie der Landkreis mit dem Gegengutachten des Gutachters der Gemeinde Wulsbüttel umgehen will. Der Gutachter, Herr Hünerberg, habe neben der Brecheranlage (Ziff. 3.3.1 Buchst. f) und der Vorbelastung in Wulsbüttel (Ziff. 3.3.1 Buchst. y) auch festgestellt, dass es keine Abschirmung durch die Topographie gebe. Diese sei aber im Antragsgutachten berücksichtigt worden.

Herr **Itjen** (VL) macht nochmals darauf aufmerksam, auch diesen Einwand zu berücksichtigen. Allerdings liege kein zweites Gutachten vor. Herr Hünerberg habe lediglich eine Stellungnahme abgegeben. Dies wird so auch von diesem bestätigt. Ggf. werde die Staatliche Gewerbeaufsicht in Hildesheim eingeschaltet. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) schlug einen fachlichen Austausch zwischen den Gutachtern insbesondere hinsichtlich der Topographie vor.

Außerdem regt Herr **Hünerberg** an, den Birkenring als Emissionsquelle zu berücksichtigen, sofern ein Betrieb von mehr als 10 Tagen im Jahr erfolge. Herr **Itjen** (VL) teilt dazu mit, dass auf dem Birkenring nur ein Betrieb an bis zu vier Kalendertagen im Jahr genehmigt sei. Die Anlage unterfalle damit dem Baurecht, nicht dem Immissionsschutzrecht. Der Betrieb auf dem Birkenring stelle daher nach Ansicht des Landkreises Cuxhaven lärmrechtlich ein seltenes Ereignis dar.

Herr **Staak** (EW) hebt allgemein hervor, er könne nicht verstehen, wieso 16 Stunden als Berechnungsgrundlage herangezogen würden, wenn der Betrieb tatsächlich nur über sieben Stunden statfinde. Er ist der Ansicht, dass eine Mittlung der Immissionswerte auf einen Zeitraum von 16 Stunden angesichts des geplanten siebenstündigen Betriebs nicht sachgerecht sei.

Herr **Jürgewitz** (EW) fragt an, ob in dem Gutachten auch die Rampen berücksichtigt worden sind, die wie Sprungschanzen benutzt würden. Diese stellten aus seiner Sicht ein wesentliches Lärm-

problem dar, weil es hier beim Anfahren, Abspringen und in der Luft zu einem Aufheulen der Motoren komme. Herr **Hoppe** (Schallgutachter der AST) antwortet, es sei mit einem Maximalschallleistungspegel gerechnet worden, der auch diese Ereignisse berücksichtige. Mit anderen Worten: In diesem Maximalpegel seien diese besonders lauten Geräusche bereits enthalten.

Die vorgenannten Punkte werden als Einwendungen im weiteren Verfahren geprüft.

### 3.3.3 Allgemeine Einwendungen - Lärm

Die allgemeinen Einwendungen zum Themenbereich Lärm werden nicht einzeln erörtert, sondern nach Vorstellung durch Herrn **Itjen** (VL) zur allgemeinen Diskussion frei gegeben. Allgemeine Einwendungen wurden in diesem Bereich schriftlich zu folgenden Fragestellungen vorgetragen:

1. Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe
2. Motorengeräusche werden als besonders lästig empfunden
3. Störung von Mietern/Feriengästen
4. Forderung: Schallschutzwand
5. Wettkämpfe seien keine „seltenen Ereignisse“

Herr **Hünerberg** bittet unter Hinweis auf z. T. nicht verwendete Schalldämpfer an den Motorcross-Maschinen um Prüfung, ob die Anlage und der Betrieb der darauf fahrenden Fahrzeuge dem Stand der Technik entsprechen.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

Herr **Krause** (EW) spricht das teilweise Tuning der Rennmaschinen und eine damit einhergehende Lärmerhöhung an. Nach Auskunft von Herrn **Hoppe** (Schallgutachter der AST) sollen bei Rennen daher Schalldruckmessungen stattfinden und eine solche Maschine ggf. vom Rennbetrieb ausgeschlossen werden. Es schließt sich eine allgemeine Diskussion zum Einsatz von Schallbegrenzern und weiteren Entlastungen (z. B. renn- und fahrfreien Sonntagen) der Anwohner an.

Frau **Voss** (EW) wendet sich eindringlich gegen die Ausweitung des Betriebes an sich. Sie zitiert ein Transparent, wonach der Hoope-Park Spaß für wenige und Belastungen für viele bedeute. Sie appelliert an die Genehmigungsbehörde, die Ausweitung des Betriebes zu verhindern und die Bewohnerinnen und Bewohner vor den Belastungen durch die Anlage zu schützen. Sie bittet, unabhängig davon Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen und anschließend auch zu kontrollieren.

Herr **Helmke** (EW) spricht eine Überwachung der Ruhezeiten durch den Landkreis ähnlich der bereits stattfindenden Überprüfungen der allgemeinen Mittagsruhe durch die Gemeinde an. Er kritisiert, dass der Betrieb auch an Sonn- und Feiertagen stattfinde, während er selbst Verboten unterliege und z. B. keinen Rasen mähen dürfe. Herr **Itjen** (VL) erläutert, dass das Sonn- und Feiertagsgesetz auch Ausnahmen zulasse, weshalb es Anlagen gebe, die auch an diesen Tagen durch besondere Zulassung betrieben werden dürfen. Er verweist beispielhaft auf den Heide-Park in Soltau sowie auf Einrichtungen in touristischen Regionen des Landkreises, wie Geschäften in Cuxhaven oder in Orten entlang der Weser, die auch Sonn- und Feiertags öffnen.

Herr **Jürgewitz** (EW) ist der Ansicht, dass gegen geltendes Sonn- und Feiertagsrecht verstoßen werde und beantragt, zu Protokoll zu nehmen (dem Antrag auf Protokollierung wurde stattgegeben):

Der Landkreis Cuxhaven möge prüfen:

1. Steht das Nds. Sonn- und Feiertagsgesetz dem beantragten Sonntagsfahrbetrieb entgegen?
2. Welche Lärmschutzmaßnahmen können angeordnet werden (z. B. das Weglassen von Motorcross- und Enduro-Maschinen)?

Herr **Münz** (EW) regt an, die maximal zulässige Dezibel-Zahl in dem Vorbescheid / der Genehmigung festzusetzen. Herr **Itjen** (VL) erläutert, dass die Schalltechnische Untersuchung aus Sicht des Landkreises auch dazu diene, zu klären, ob ein solcher Wert ermittelt werden und über das Schallgutachten nachgewiesen werden könne, der dann als zulässiger Höchstwert festgesetzt werde.

Frau Rechtsanwältin **Brandyk** (EW) unterstreicht, dass das Bundes-Immissionsschutzgesetz und die dazu ergangenen Verordnungen den Schutzzweck betonen. Es handele sich um ein reines Schutzgesetz, das - anders als das Atomgesetz - keinen Förderzweck verfolge. Die Auslegung dieser Norm, die auch zu Ergebnissen unterhalb der Mindeststandards führen könne, dürfe nicht an dem nach Ihrer Ansicht bestehenden Vollzugsdefizit der Verwaltung scheitern.

Herr **Adolf Münz** (EW) fragt an, warum der Landkreis Cuxhaven z. B. in Bremerhaven Auflagen dahingehend mache, dass Spundwände aus Gründen des Lärmschutzes nicht gerammt, sondern nur eingerüttelt oder eingedrückt werden dürften, während es für den Hoope-Park und die dort betriebenen Fahrzeuge gar keine Einschränkungen gebe. Herr **Itjen** (VL) erklärt dazu, dass der Landkreis Cuxhaven im Gebiet der Seestadt Bremerhaven keine Zuständigkeit besitze und dort auch nicht für die Herstellung von Spundwänden zuständig sei. Er bestätigt, dass es Fälle gebe, in denen z. B. auf Grund ungünstiger Bodenverhältnisse (z. B. mooriger Untergrund) das Einrammen von Pfählen nicht zulässig sei. Dies seien Einzelfallentscheidungen, die nicht schematisch erfolgen.

Herr **Hofmann** (EW) erklärt, aus seiner Sicht sei in der Vergangenheit das Vertrauen in den Betreiber und in dessen Bereitschaft zur Einhaltung von Zusagen und Auflagen verloren gegangen.

Die vorgenannten Punkte werden als Einwendungen im weiteren Verfahren geprüft.

### **Punkt 3.4 – Weitere Einzelaspekte**

Zum Abschluss werden von Herrn **Itjen** (VL) weitere Einzelaspekte aufgerufen, die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung von verschiedenen Einwendern vorgetragen worden sind:

#### **3.4.1 Derzeitiger Betrieb der Anlage (genehmigte Strecken und Zeiten)**

Nach Aussage von Herrn **Itjen** (VL) sei kritisiert worden, dass der derzeitige Betrieb im Hoope-Park nicht den Genehmigungen entspreche. Er stellt nochmals den derzeit genehmigten Umfang (Betrieb an drei Kalendertagen in der Woche) dar und verweist darauf, dass zu dieser Frage derzeit ein Verfahren bei dem Niedersächsischen Obergericht anhängig sei. Der aktuelle Betrieb sei zudem nicht Gegenstand dieses Erörterungstermins, denn hier gehe es allein um die Voranfrage, die zur Entscheidung anstehe.

### **3.4.2 Verbot des Befahrens von Böschungen**

Herr **Itjen** (VL) trägt vor, es sei von mehreren Einwendern ein Verbot des Befahrens von Böschungen gefordert worden.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

Herr **Kundinger** (EW) fragt nach, wie die Einhaltung einzelner Auflagen – wie z. B. ein Verbot des Befahrens der Böschungen - im Falle einer Genehmigung kontrolliert werden soll. Herr **Itjen** (VL) erklärt, dass Bestandteil jeder Genehmigung auch die Frage der Überwachung der darin festgesetzten Parameter und Maßnahmen sei. In einem solchen Fall werde deren Einhaltung durch den Landkreis Cuxhaven überwacht. Gegenwärtig befinde man sich jedoch noch nicht in der Phase, dass eine Genehmigung beantragt sei bzw. erarbeitet werde, weshalb er diese Frage heute Abend gar nicht beantworten und keine konkreten Maßnahmen und Mittel benennen könne.

### **3.4.3 Fehlverhalten von Nutzern außerhalb des Geländes**

Herr **Itjen** (VL) trägt vor, es sei von mehreren Personen das Fehlverhalten von Nutzern außerhalb des Betriebsgeländes bemängelt worden. Dies wird nach seiner Ansicht bei der Entscheidung über die Voranfrage der JLC-Off-Road-Park GmbH nicht berücksichtigt werden können. Alle Verkehrsteilnehmer haben die geltenden Verkehrsregeln auf den öffentlichen Straßen und Wegen einzuhalten. Sofern es hier zu Gesetzesverstößen kommen sollte, sind die entsprechend zuständigen Stellen gefordert. Es spricht jedoch einiges dafür, dass man die Genehmigung für eine Anlage nicht deshalb ablehnen kann, weil sich die Benutzer der Anlage außerhalb des Anlagengeländes und damit außerhalb des Verantwortungsbereiches des Anlagenbetreibers nicht rechtmäßig verhalten.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.4 Staubbelastung**

Herr **Itjen** (VL) erläutert, dass sich die von mehreren Personen aufgeworfene Frage nach einer Berücksichtigung und Begrenzung der Staubbelastung beim derzeitigen Verfahrensstand noch nicht stelle, sich der Landkreis Cuxhaven aber im weiteren - insbesondere bei der Entscheidung über einen Genehmigungsantrag - mit diesem Aspekt befassen werde.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.5 Abgasemissionen**

Herr **Itjen** (VL) erläutert, dass für die von mehreren Personen aufgeworfene Frage nach einer Berücksichtigung und Begrenzung der Abgasemissionen das Gleiche gilt, das er bereits zur Staubbelastung ausführte.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.6 Bodenbelastung / Grundwasser**

Herr **Itjen** (VL) trägt vor, dass von mehreren Personen die Frage gestellt wurde, inwieweit die eventuelle Verunreinigung von Böden und Grundwasser Berücksichtigung im Genehmigungsverfahren finde. Er erklärt, dass im Verfahren sowohl die Untere Bodenschutzbehörde als auch die Untere Wasserbehörde und der Wasserversorgungsverband Wesermünde-Süd beteiligt wurden

und die Ergebnisse dieser Beteiligung in die Entscheidung einfließen werden. Eine abschließende Aussage könne zu diesem Punkt an diesem Abend jedoch noch nicht getroffen werden.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.7 Gefährdung von Bodendenkmalen**

Herr **Itjen** (VL) trägt vor, es sei die Gefährdung von Bodendenkmalen geltend gemacht worden. Er erläutert hierzu, dass die Untere Denkmalschutzbehörde in Form der Archäologischen Denkmalpflege, die in der Burg Bederkesa ansässig ist, im Verfahren beteiligt worden sei. Der Kreisarchäologe habe keine grundsätzlichen Bedenken geltend gemacht. Sollte es im Rahmen etwaiger Bodendarbeiten zu Funden kommen, sei ein gesetzlich vorgeschriebenes Procedere zu beachten.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.8 Vorkommen geschützter Tier- und Pflanzenarten**

Herr **Itjen** (VL) teilt mit, es sei - teilweise sehr dezidiert - das Vorkommen geschützter Tier- und Pflanzenarten vorgetragen worden. Damit sei die Kritik einhergegangen, diese Aspekte seien im Verfahren bislang nicht ausreichend betrachtet worden. Er erklärt, dass im Verfahren die Untere Naturschutzbehörde beteiligt wurde und die Ergebnisse dieser Beteiligung in die Entscheidung einfließen werden. Da die Voranfrage bislang eine Klärung der lärmrelevanten Aspekte in den Vordergrund stellte, steht dieser Punkt noch aus, ist aber im Falle einer Zulassungsentscheidung in jedem Fall zu berücksichtigen. Eine abschließende Aussage könne zu diesem Punkt an diesem Abend jedoch noch nicht getroffen werden.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.9 Darstellung des Campingplatzes in den Antragsunterlagen fehlt**

Herr **Itjen** (VL) trägt vor, es sei eingewendet worden, der Campingplatz sei in den Antragsunterlagen nicht dargestellt. Er erklärt, dass dieser Einwand nicht zutreffe. Auf Nachfrage von Herrn **Münz** (EW) projiziert Herr Itjen den Lageplan mit der Flächenaufteilung, der als Anlage Nr. 9.2 Bestandteil der öffentlich ausgelegten Antragsunterlagen an die Wand und zeigt, dass dort im unteren Drittel mit dem Wort „Besuchercamping“ der Bereich gekennzeichnet sei, in dem der Campingplatz grob vorgesehen sei. Der Campingplatz ist mithin in den Antragsunterlagen dargestellt.

Herr **Itjen** (VL) erläutert bei dieser Gelegenheit anhand des Lageplans, dass die einzelnen Bereiche der geplanten Motorsportanlage durch Landmarken zur besseren Orientierung im Gelände voneinander abgegrenzt werden sollen. Diese Landmarken würden durch Ziffern verwitterungssicher kenntlich gemacht. Jeder Marke würde zudem eine feste Koordinate zugewiesen, so dass die korrekte Stellung der Markierungspunkte und - durch optische Verbindung dieser Punkte - auch die korrekte Abgrenzung der einzelnen Fahrbereiche vor Ort überwachungsfähig wäre.

Herr **Kundinger** (EW) fragt an, ob nordwestlich der dargestellten Fläche ebenfalls Motorcross in einer weiteren Sandkuhle betrieben wird. Dies wird von Frau **Schlicht** (AST) verneint.

### **3.4.10 Einschränkung der Pferdehaltung / des Reitens (als Hobby)**

Herr **Itjen** (VL) teilt mit, es sei geltend gemacht worden, die Zulassung des Betriebes im Hoope-Park erschwere die Pferdehaltung sowie das Reiten als Hobby an sich bzw. mache dieses unmöglich, weil Pferde durch die Lärmentwicklung einen Fluchtreflex entwickeln würden.



Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.11 Überwachung zugelassener Fahrzeugzahlen und -arten / Einhaltung der Genehmigung allgemein**

Herr **Itjen** (VL) teilt mit, es sei die Frage gestellt worden, wie im Falle einer Genehmigung die Überwachung der zugelassen Fahrzeugzahlen und -arten erfolgen solle. Es sei zudem allgemeiner gefragt worden, weil die Einhaltung der Genehmigung insgesamt überhaupt überwacht werden solle. Er verweist hierzu auf seine Ausführungen auf die Nachfrage von Herrn Kundinger (EW) zu Nr. 3.4.2. Herr **Itjen** (VL) betont, dass der Landkreis kein Interesse daran habe, sich ein Überwachungsproblem zu schaffen, sondern es im Rahmen eines eventuellen Genehmigungsverfahrens auch intensiv um die Frage gehen werde, was exakt Gegenstand der Genehmigung sein solle und wie dies überwacht werden könne. Zum derzeitigen Verfahrensstand könne dazu noch keine konkrete Aussage getroffen werden.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.12 Anlage eines Pflanzstreifens**

Herr **Itjen** (VL) teilt mit, es sei die Forderung erhoben worden, einen 20 m breiten Pflanzstreifen an der östlichen Grundstücksgrenze entlang der Landesstraße 135 herzustellen.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.13 Einebnen des Geländes auf 5,00 m unter Straßenniveau (GOK)**

Herr **Itjen** (VL) teilt mit, es sei die Forderung erhoben worden, das Gelände auf 5,00 m unter Geländeoberkante einzuebnen. Wörtlich heiße es:

*„Wir fordern (...) das Einebnen des Geländes auf minus 5 Meter unter Geländeoberkante (...).“*

Herr **Hofmann** (EW) teilt dazu auf Nachfrage mit, der schriftliche Einwand sei missverständlich formuliert. Gemeint habe er, dass der Fahrbetrieb mind. 5,00 m unterhalb der Geländeoberkante der Landesstraße erfolgen solle. Explizit betreffe dies die Rampen im Gelände, die wie Sprungschanzen genutzt würden. Mit „Geländeoberkante“ sei das Straßenniveau der Landesstraße 135 gemeint. Die Forderung sei ausdrücklich nicht dahingehend zu verstehen, dass eine Einebnung des gesamten Geländes auf 5 m unter Straßenniveau verlangt werde.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.14 Angaben zu Brand- / Explosionsschutz / Unfällen / Rettungseinsätzen**

Herr **Itjen** (VL) teilt mit, es sei kritisiert worden, dass in den Antragsunterlagen Angaben zum Brand- und Explosionsschutz sowie zum Verfahren bei Unfällen, Rettungseinsätzen u. s. w. fehlen würden. Er erläutert, dass solche Detailfragen grundsätzlich noch nicht Gegenstand einer Voranfrage seien, weil es gegenwärtig darum gehe, im Vorbescheidsverfahren zu klären, ob die beantragte Nutzung überhaupt möglich sei. Diese Detailfragen gehörten typischerweise in ein Genehmigungsverfahren.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.15 Baumrodungsarbeiten**

Herr **Itjen** (VL) teilt mit, es sei kritisiert worden, dass auf dem Gelände Baumrodungsarbeiten stattgefunden hätten. Er weist darauf hin, dass die Zulassung von Baumrodungen, so sie stattgefunden hätten, nicht Gegenstand des Vorbescheidsverfahrens sei.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.16 Schalltechnische Einzelprüfung jedes Fahrzeuges vor dem Rennen**

Herr **Itjen** (VL) teilt mit, es sei die Forderung erhoben worden, jedes Fahrzeug vor jedem Rennen einer Schalltechnischen Einzelprüfung zu unterziehen. Herr **Itjen** verweist insoweit noch einmal auf seine Ausführungen zur Überwachung (siehe oben Nr. 3.4.2 und Nr. 3.4.11).

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

### **3.4.17 Wertminderung der Grundstücke**

Herr **Itjen** (VL) teilt mit, es sei eingewendet worden, die Zulassung des beantragten Betriebes führe zu Wertminderungen an vorhandenen Gebäuden und Grundstücken. Teilweise würden diese nach Ansicht der Einwender wertlos. Herr **Jürgewitz** (EW) ergänzt, aus seiner Sicht summierten sich die Wertverluste auf einen zweistelligen Millionenbetrag und fragt an, ob der Landkreis Cuxhaven diese Wertverluste im Falle einer Zulassung ersetze oder wer für den Schaden aufkomme. Herr **Itjen** (VL) verweist auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, wonach Wertminderungen als Folge der Ausnutzung einer erteilten Genehmigung für sich genommen kein Maßstab dafür seien, ob Beeinträchtigungen nach dem Gebot gegenseitiger Rücksichtnahme zumutbar seien oder nicht.

Die Einwendung wird im weiteren Verfahren geprüft.

## **Punkt 4 – Schlussbemerkungen**

Herr **Itjen** (VL) dankt für den offenen und konstruktiven Austausch. Er macht nochmals darauf aufmerksam, dass auch die Einwendungen im weiteren Verfahren geprüft werden, bei denen sich die Personen an diesem Abend nicht zu Wort gemeldet haben oder bei denen Einwender eventuell gar nicht anwesend waren.

Wie bereits eingangs erwähnt, wird im Einvernehmen mit der Antragstellerin eine Niederschrift über den Erörterungstermin in Kürze auf der Homepage des Landkreises Cuxhaven der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Die Auswertung der Einwendungen werde Zeit in Anspruch nehmen. Wie lange das weitere Verfahren dauere, sei offen. Deshalb könnte dazu an diesem Abend kein konkreter Zeitplan benannt werden. Die Öffentlichkeit werde nach Maßgabe des Umweltinformationsgesetzes über den Fortgang informiert, d. h. insbesondere über die Tageszeitungen und die Internet-Seite des Landkreises Cuxhaven.

Herr **Itjen** (VL) schloss den Erörterungstermin um 21:15 Uhr.

Cuxhaven, 11. Mai 2012

Verhandlungsleiter:

gez.  
**Itjen**

Für das Protokoll:

gez.  
**Holst**

Anlage 1 (Schreiben der Frau Rechtsanwältin Brandyk)

*Fr. Brandyk*

Erläuterungen zu den Einwendungen für die Eheleute Stefanie und Andreas Konjevic vom 10.04.2012:

**1. Wir haben eingewendet, dass dieses Vorhaben dem UVPG unterfällt.**

Diese zentrale Einwendung und Bewertung wiederholend meine ich, dass Vorbescheide generell gemäß § 2 Abs. 3 Nr. 1 UVPG als „sonstige behördliche Entscheidungen“ diesem Gesetz unterfallen.

**2. Wie wir ebenfalls eingewendet haben, halten wir die Durchführung der UVP für zwingend. Dabei ergibt sich für uns die Einzelfallentscheidung aus § 3 c UVPG:**

Ich zitiere aus dieser Vorschrift :..... „Sofern in der Anlage 1 für ein Vorhaben eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls vorgesehen ist, ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 2 aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 12 zu berücksichtigen wären....“

Anlage 1 Liste „UVP-pflichtige Vorhaben“ hat unter Nr. 10.7 explizit aufgeführt „Errichtung und Betrieb einer ständigen Renn- oder Teststrecke für Kraftfahrzeuge“

Der Antragsteller sagt, es handle sich um eine (Motor-)Sportanlage. Aus der Beschreibung geht aber eindeutig hervor, dass auch Rennen gefahren werden sollen durch Vergabe an andere Veranstalter. Die normalen Benutzer können auch Rennen durchführen.

Es ist auch eine Teststrecke, weil nach der Beschreibung Firmen angeboten werden soll, ihre Fahrzeuge zu testen.

Wir meinen, dass „ständig“ nur verstanden werden kann i.S. von „häufig“ und nicht, dass von morgens bis abends Rennen und Tests laufen müssen. Nicht einmal auf dem Nürburgring ist das der Fall.

**Frage: Wie steht der Landkreis zu dieser Einwendung?**

**3. Es geht immer noch um unsere Einwendung bzgl. der Notwendigkeit, eine UVP durchzuführen, und zwar aus Gründen des Lärmaspekts und dessen sonstige/ Umweltauswirkungen:**

Wenn entsprechend unserer Einwendung die UVP zwingend vor Erlass des Vorbescheides durchzuführen ist, umfasst diese die gesamte Palette der Auswirkungen. Das ergibt sich m.E. aus dem beschriebenen Zuschnitt des Projekts, so dass die Frage des Lärms, der Abgase, der Anfahrt von Kunden und auch der Zerstörung von Biotopen auf die Umweltverträglichkeit zu prüfen ist. Diese muss die gesamte Palette der Auswirkungen enthalten und nicht nur den Lärmaspekt, heutzutage insbesondere auch die Umweltauswirkungen (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 UVPG).

*wird nicht gelesen*

- 2 -

Deshalb meinen wir, dass hier auch die Frage des Eingriffs in Natur und Landschaft im Sinne der §§ 14, 15 BNatSchG zu prüfen und im Rahmen des Verwaltungsvollzugs gesetzeskonform umzusetzen ist.

**Nach Alternativen für Kids ist zudem zu fragen.** Dieses Angebot für Kids als „Lockmittel“ suggeriert, dass das was Gutes sei. Ist es nicht, vom Lärm abgesehen. Mag sich die Genehmigungsbehörde auch diesbezüglich an Erkenntnisse öffentlicher Institutionen einholen – am internationalen Tag des Lärms lief einiges.

(1) Für Kids ist das aufgrund der neurobiologischen Ergebnisse ganz klar besser, wenn sie Wälder und Natur mit Stöckchen und Fantasie erkunden statt mit blechernem Geknatter dem Entstehen oder Verfestigen von ADHS Vorschub zu leisten. Erwachsene können beim Joggen und sonstigem Sport, der den Namen verdient, Aggressionen des Alltags abbauen, dies alles im Einklang mit der Umwelt wie man sie heute versteht, und zwar europaweit. Für das Gedröhne und Geknatter ist das Gehirn nicht konzipiert. Eine Selbstschädigung von Fans ist zu tolerieren, Gegner sind schon aus gesundheitlichen Gründen zu respektieren. *und zu schützen.*

Wie steht der Landkreis zu dieser menschen- und naturfreundlichen Sicht auch im Sinne des Naturschutzes?

**4. Wir haben auch Einwendungen hinsichtlich der Lärmbelästigung erhoben, insbesondere unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die speziellen Gegebenheiten des Ortes Albstedt.**

*Weg* Bei der Siedlung handelt es sich um ein Feriengebiet mit anschließendem und umgebenden Naturschutzgebiet.

Als Immissionspunkte wurden nur solche in unmittelbarer Nachbarschaft *des Implex* ausgewertet. Es gibt keine einzige Messung von einem Punkt aus durchgeführt, der ca. 3 km von der Siedlung aus in der Hauptwindrichtung liegt.

**1. Frage: Wieso wurde keine einzige Messung durchgeführt, bei der die Windverhältnisse für die Lärmausbreitung berücksichtigt wurden?**

**2. Frage: Wie steht der Landkreis zu diesem zentralen Defizit?**

**5. Es geht noch einmal um die Einwendung zur Lärmbelästigung.**

*Phosph* In dem Gutachten werden Annahmen gemacht, die völlig aus der Luft gegriffen sind wie z.B. die Behauptung von dem „**lärmdämmenden Effekt des Geländes**“. Es ist bekannt, dass häufig auf die Böschungen gefahren wird. Wie soll das gedämmt werden, etwa durch die dicke Luft, die jetzt herrscht?

- 3 -

**Frage: Wie steht der Landkreis zu dieser defizitären und suggestiven Behauptung, die nirgends physikalisch untermauert wird?**

**Wir Einwender die Eheleute Stefanie und Andreas Konjevic meinen ganz klar:**

Es wäre ratsam, rechtzeitig, also im Vorbescheidsverfahren, ein weiteres und unparteiisches Lärmgutachten einzuholen.

Dieses Gutachten wird auch im Rahmen der zu prüfenden **Verfahrensfehler** nicht durchgehen. Somit wären wir bei Verfahrensfehlern. Auch wenn diesbezüglich keine konkrete Einwendung meinerseits erfolgte, so beziehe ich mich auf Herrn Jürgewitz und sage deutlich: es wäre für den Fall einer verwaltungsgerichtlichen Auseinandersetzung sinnvoll, hier mal das Folgende zur Kenntnis zu nehmen:

**Ein Verfahrensfehler liegt bei Genehmigungsverfahren auch dann vor, wenn das Lärmgutachten für Normalleser nicht nachzuvollziehen ist.**

**Es ist nicht nachzuvollziehen, denn wichtige Abkürzungen in den Tabellen werden nicht aufgelöst. Es fehlt schlicht und einfach an einer allgemeinverständlichen Kurzbeschreibung der Auswirkungen auf die Allgemeinheit und Nachbarschaft i.S. des § 4 Abs. 3 der 9. BImSchV.**

**6. Schließlich haben wir eingewendet, was sich auch ohne UVP unmittelbar aus § 5 BImSchG ergibt.**

Das sind klare Maßstäbe bzgl. der physischen Einwirkung auf Pflanzen und Tiere, ggfs. auch besonders geschützte, weiter durch Abgase auf Menschen und auf die Atmosphäre (Klima). Die ausgelegten Unterlagen prüfen ausschließlich und in dem genannten, eingeschränkten Masse die Lärmbelastigung.

Die Förderung der Anlagenbetreiber ist gerade nicht Zweck des BImSchG. Es fehlt ihm, ganz anders als dem Atomgesetz, der zusätzliche Förderzweck. Dementsprechend hat das BVerwG es nicht als Aufgabe des BImSchG angesehen, sogar schärfere Anforderungen als sie im BImSchG enthalten sind, zu verhindern. Ich kann gern die Fundstelle benennen, habe aber bereits bei meinen Einwendungen darauf hingewiesen.

**Frage: Wie steht der Landkreis zu dem zentralsten Schutzgesetz, was wir haben. Hier habe ich zurecht eingewendet, dass der Schutzzweck dieses Gesetzes der ausschließliche Zweck ist.**

Günther Sievers  
Rechtsanwalt und Notar  
Kamilla Brandyk  
Rechtsanwältin  
Hafenstr. 5  
26117 Bremen  
Tel (0421) 63 20 50 · Fax 63 21 07  
Volksbank Bremen-Nord  
1020718000 · BLZ 29190330

*Handwritten signature*  
26.4.2012